

Hallo,

ich finde das klasse, dass hier das Thema so lebhaft diskutiert wird.

Wie bereits in einer Vorstandssitzung angeregt, sollte zu diesem Thema Kontakt zu BW gesucht werden, da die hiesige Sendeanstalt

SWR beide Länder bedient und es hier die Kulturhoheiten der Länder zu beachten gilt um tragfähige politische Forderungen erarbeiten zu können.

Benjamin wollte dies weiter unterstützen, allerdings weis ich da gerade nicht den Stand der Dinge und ich werde ihn nochmal fragen.

Eine Debatte über den ÖR-Rundfunk wird schnell von einer Geschmacksdiskussion überlagert, sei es bei Bildung, Information oder Kultur und führt dann unweigerlich an den eigentlichen Umständen vorbei.

Weiterhin hat die Piratenpartei in Neumarkt mit großer Mehrheit das "Augsburger Papier"

[http://wiki.piratenpartei.de/wiki/images/3/3c/Grundsatzprogramm\\_Kultur\\_2013.pdf](http://wiki.piratenpartei.de/wiki/images/3/3c/Grundsatzprogramm_Kultur_2013.pdf)

verabschiedet, in dem ein freiheitlicher Kulturbegriff verankert ist,

somit kann man ableiten, dass niemand und schon gar nicht der Staat dem Bürger vorzuschreiben hat, was dieser nun als Bildung, Kultur oder Information zu empfinden hat oder nicht.

Weiterführend fordern die NRW-Piraten zB. in ihrem Wahlprogramm

<http://www.piratenpartei-nrw.de/politik/rundfunk-und-medien/offentlich-rechtlicher-rundfunk/>

eine weitreichende staatsferne zum ÖR-Rundfunk und hat zum Beispiel den zustehenden Sitz im Rundfunkrat WDR öffentlich ausgeschrieben.

Hier nun als Partei, also als staatsbildendes Organ, einerseits Staatsferne zu fordern, aber andererseits massiv dem ÖR-Rundfunk Vorschriften machen zu wollen erscheint nicht zielführend.

Nachdem nun der 14. Rundfunkstaatsvertrag wegen seiner nicht umsetzbaren

Jugendschutzbestimmung für das Internet nicht ratifiziert wurde, trat zum 1. Januar 2013 der

15. Rundfunkänderungsstaatsvertrag in Kraft:

[http://www.jura.uni-](http://www.jura.uni-koeln.de/fileadmin/sites/medienrecht/LS_Hain/Docs/Medienrecht_I/konsolidierte_Fassung_RStV_hp.pdf)

[koeln.de/fileadmin/sites/medienrecht/LS\\_Hain/Docs/Medienrecht\\_I/konsolidierte\\_Fassung\\_RStV\\_hp.pdf](http://www.jura.uni-koeln.de/fileadmin/sites/medienrecht/LS_Hain/Docs/Medienrecht_I/konsolidierte_Fassung_RStV_hp.pdf)

Der letzte Bericht zur Ermittlung des finanzbedarfs der ÖR-Sender ist aus Dezember 2011 und bezieht sich hauptsächlich auf das Jahr 2010 ist also über 3 Jahre alt.

[http://www.kef-online.de/inhalte/bericht18/kef\\_18bericht.pdf](http://www.kef-online.de/inhalte/bericht18/kef_18bericht.pdf)

Darauf fußt eine sehr beachtete Doktorarbeit von Anna Terschüren aus diesem Jahr:

<http://www.db-thueringen.de/servlets/DerivateServlet/Derivate-27475/ilm1-2013000224.pdf>

Daraus kann man nun fundierte politische Forderungen entwickeln.

Eine nicht nur in der Medienpolitik der Piraten vorkommende Forderung lautet:

Wir fordern, dass alle öffentlich-rechtlich finanzierten und eingekauften Formate uneingeschränkt und gemeinfrei publiziert werden.

Das schafft aus einer legitimen Bürgerforderung heraus eine völlig neue Marktsituation für die Sender, ohne konkrete Vorschriften durch politische Prozesse zu machen.

Das schränkt die Möglichkeiten der Sender ein und daraus resultiert auch ein neuer, geringerer Finanzierungsbedarf.

Dafür soll es den Sendern freigestellt sein werbefinanzierte Inhalte zu senden und den Privatsendern soll es ebenfalls möglich sein

Inhalte von öffentlichem Interesse werbefrei zu publizieren.

Somit ist sofort ersichtlich welchen Hintergrund die Inhalte haben und die leidige Diskussion um Produktplatzierung im ÖR-TV ist hinfällig.

Das öffentliche Interesse soll durch die Medienräte wahrgenommen werden, was aber zur Zeit eher den parteipolitischen Interessen untergeordnet ist, deswegen hier die Forderung nach transparent und basisdemokratisch besetzten Rundfunkräten.

Weiterhin steht die Piratenpartei für eine datensparsame Erhebung der Rundfunkabgabe, was bei der GEZ, welche ein wahres Datenmonster ist überhaupt nicht gegeben ist.

Der Datenschutz spielt hier auch eine wichtige Rolle,

wenn man den 18. KEF-Bericht liest, steht darin, dass es im Jahr 2010 nur zu ca. 900

Datenschutzvorgängen gekommen sein soll, welche ALLE! zur vollkommenen Zufriedenheit beider Seiten geklärt werden konnten.

Das erscheint im Anbetracht von ca. 60 Millionen Datensätzen eher zweifelhaft.

Dazu kommt, dass man seine Daten proaktiv selber pflegen muss, ansonsten ist der Beitragsservice unter anderem berechtigt Ordnungsgelder bis hin zur Ordnungshaft aussprechen zu können.

<http://flaschenpost.piratenpartei.de/2012/10/23/die-gez-als-institution/>

Ausserdem kann man im KEF-Bericht sehen, dass die GEZ regen Datenaustausch mit den Behörden insbesondere den Ordnungsämtern pflegt, falls man sich mal wundert, woher das Ordnungsamt die Kontonummer hatte, wenn man mal sein Knöllchen nicht bezahlt hat.

Der Beitragsservice als Zwangsinstrument des Staates Daten eintreiben zu können.

Das kann es nicht sein.

Genau hier sind Piraten gefragt.

Sollte es Fragen, Anregungen, Kritik gar Anerkennung geben bitte per Mail an mich:

[johannes.thon@piratenpartei.de](mailto:johannes.thon@piratenpartei.de)

da ich nicht immer alle Threads zu diesem Thema verfolgen kann.

Beste Grüße

Johannes

Bundesbeauftragter

Kultur & Medien